

Michael Grosse-Brömer

Mein Brief aus Berlin

Ausgabe Nr. 71

7. April 2006



Integration – langfristige Konzepte statt Aktionismus



Liebe Leserinnen und Leser,
viel wird in diesen Tagen über die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln diskutiert. Hier ist die Integrationspolitik sichtbar gescheitert. Rund 80% der Schüler sind nichtdeutscher Herkunft. Auf dem Schulhof herrscht Chaos, die Lehrer sind überfordert. Dies offenbart jedoch nur ein Symptom des Integrationsproblems, nicht seine Ursache.

Ihr
Michael Grosse-Brömer

Das Problem ist nicht neu. Schon in den 80er Jahren klagten Berliner Lehrer über unhaltbare Zustände an ihren Schulen. Verkehrt ist es daher, jetzt hysterisch und überstürzt in po-

litischen Aktionismus zu verfallen. Viel wichtiger ist, nach den Ursachen der Schulprobleme zu fragen.

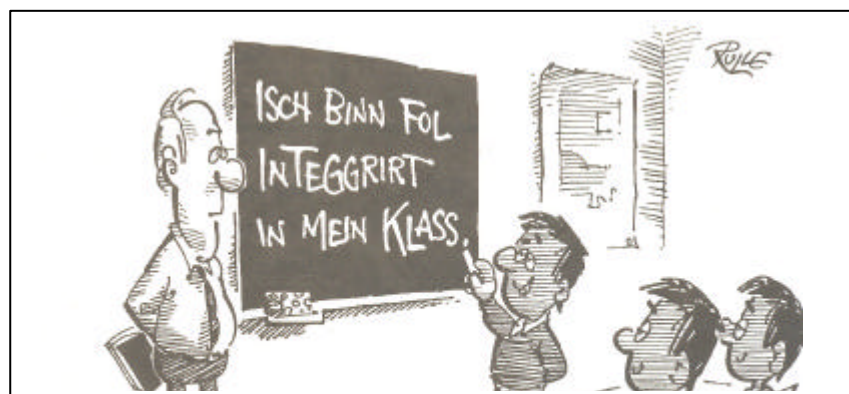
Die meisten der nichtdeutschen Schüler stammen aus Familien, die schlecht in Deutschland integriert sind. Als sie kamen, gingen alle davon aus, dass sie in ihr Heimatland zurückkehren würden. Deshalb legte man keinen Wert darauf, dass sie deutsch lernten. Dementsprechend radebrechen auch die Kinder und behelfen sich mit der „Kanak-Sprach“. Hier muss die Politik ansetzen. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Die Herbert-Hoover-Schule in Berlin-Wedding ist mit gutem Beispiel vorangegangen: Sie lässt nur noch deutsch auf dem Schulhof sprechen.

Ein anderes Problem ist das Multi-Kulti-Geschwätz und die Kuschelpädagogik, die unter anderen die GRÜNEN vertreten.

Reden ist schön, aber Autorität und Disziplin helfen uns in diesem Fall weiter. Die Heinrich-von-Stephan-Oberschule in Berlin-Mitte hat es vorgemacht. Noch vor einigen Jahren sah es an dieser Schule genauso aus wie in Neukölln. Waffen, Drogen und Polizeieinsätze waren gang und gebe. Jetzt gelten strenge Regeln in den Klassen und auf dem Schulhof: Handys sind verboten, vergessene Schulsachen müssen von zu Hause geholt werden, Prügeleien werden unterbunden. Verstöße gegen die Schulordnung werden streng geahndet. Zudem gibt es in jeder Klasse zwei Streitschlichter.

Eine Kombination aus Spracherwerb, Disziplin und Konsequenz weist den Weg aus der Rütli-Krise.

Ihr
Michael Grosse-Brömer



Quelle: Berliner Morgenpost, 3.4.2006



Quelle: Magazin für Niedersachsen 03/2006

Neues von der Vogelgrippe

182 Wildvögel, 3 Katzen und ein Steinmarder sind bislang mit der Vogelgrippe infiziert worden. Jetzt hat das Vogelgrippevirus H5N1 erstmals auch Nutzgeflügel befallen. Für besorgte Landwirte und Bürger hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz jetzt eine Hotline geschaltet. Unter der Telefonnummer 030 / 2006-4685 erhalten Sie die wichtigsten Informationen rund um das Thema.

Für unsere kleinen Leser

Interessieren sich Ihre Kinder oder Enkel für Politik? Oder möchten Sie Ihrem Nachwuchs die Politik näher bringen? Dann haben wir einen Tipp für Sie: Über die Homepage der Bundeskanzlerin Angela Merkel erreichen Sie viele Links zu kindgerechten Nachrichtenseiten.

Kinderrathaus und die Tageschau für Kinder. Auch eine kindgerechte Suchmaschine wird angeboten. Schauen Sie mal rein:

<http://www.bundestkanzlerin.de/bk/Navigation/Fuer-Kinder/internet-tipps.html>

Scheinvaterschaften

Die Bundesregierung hat jetzt einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der es ermöglicht, so genannte „Scheinvaterschaften“ anzufechten. Unter einer Scheinvaterschaft versteht man unter anderem Vaterschaften, die nur anerkannt werden, um staatsangehörigkeits- und ausländerrechtliche Vorteile zu erlangen. Ein Beispiel: Eine ausländische Alleinerziehende lebt mit ihrem Kind in Deutschland. Nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung muss sie Deutschland verlassen. Um dies zu verhindern, bezahlt sie einen Obdachlosen mit deut-

scher Staatsangehörigkeit dafür, dass er die Vaterschaft für ihren Sohn anerkennt. Hierdurch wird der Sohn automatisch deutscher Staatsbürger, und auch die Mutter darf dann in Deutschland bleiben.

Dies ist kein konstruierter Fall. In den letzten zwölf Monaten erteilten die Behörden 2338 mal eine Aufenthaltserlaubnis an eine unverheiratete ausländische Mutter eines deutschen Kindes. 72,5% dieser Mütter waren zum Zeitpunkt der Vaterschaftsanerkennung ausreisepflichtig.

Diesen Missbrauch des hohen Gutes der Vaterschaft versucht die Bundesregierung jetzt zu unterbinden, indem sie im neuen Gesetzesentwurf unter anderem die Möglichkeiten zur Anfechtung einer Vaterschaft durch öffentliche Stellen erweitert.

Frohe Ostern!



Terminauswahl:

- 8.04. CDU-Bezirksparteitag, Hermannsburg
- 20.04. CDU-Jahreshauptversammlung, Winsen
- 23.04. Gartenbörse, Eikeloh

Michael Grosse-Brömer
MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin